

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Rechtsradikalismus und Nationalismus 60 Jahre nach 1933 - Parallelen und Unterschiede

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1994) : Rechtsradikalismus und Nationalismus 60 Jahre nach 1933 - Parallelen und Unterschiede, In: Dietrich Schlegel (Ed.): Der neue Nationalismus: Ursachen, Chancen, Gefahren ; ein Symposium der Deutschen Welle in Zusammenarbeit mit der Körber-Stiftung, ISBN 3-87920-026-2, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., pp. 257-264

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112313>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

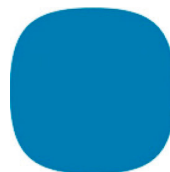
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Rechtsradikalismus und Nationalismus 60 Jahre nach 1933 – Parallelen und Unterschiede

Meine Damen und Herren, Bonn war nie Weimar. Nationalismus und Rechtsextremismus, die die erste Deutsche Republik schon nach 13 Jahren zerstören halfen, haben die zweite Deutsche Republik von 1949 bis 1990 nie wirklich ernsthaft bedroht. Ob dies langfristig auch für das vereinigte Deutschland gelten kann, erscheint heute offener denn je. Welches sind die Phänomene, die Anlaß zum Zweifel geben? Ich summiere in vier Stichpunkten.

Erstens: Die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten, so die Kategorie der Statistik, hat sich von 1500 im Jahr 1988 auf knapp 4000 im Jahr 1992 erhöht, davon etwa die Hälfte mit einem gewalttätigen Hintergrund. Das Jahr 1993 wird dahinter vermutlich nicht zurückbleiben. 17 Todesopfer waren dabei 1992 zu beklagen, daneben 800 Verletzte, meist Ausländer, oder solche, die dafür galten, daneben Obdachlose, Behinderte und andere: Teil einer Welle von oft zielloser Gewalt von rechts, die auch durch die massenhafte Anti-Mobilisierung der Lichterketten, Straßendemonstrationen, Medienkampagnen etc. im Spätherbst und Winter nicht gebrochen worden ist, ohne Präzedenz in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Gewalttaten entstehen zum großen Teil aus einem locker gefügten, wenig stabilen Umfeld rechtsextremer Gruppierungen meist männlicher Jugendlicher, dezentral, kaum vernetzt, wenig organisiert, aber von rechtsextremen Sichtweisen geprägt. Zu diesen Sichtweisen gehören Rassismus, Nationalismus, Xenophobie, Unzufriedenheit mit dem »schlappen« System der liberalen Demokratie und extreme Desorientierung. Das Umfeld ist schwer zu beziffern, weil die Ränder nicht scharf gezogen sind. Aber mehr als 50 000 Jugendliche sollen im Prinzip gewaltbereit sein. Über Ursachen hat Herr Heitmeyer gesprochen.

Zweitens: Nach der SRP der 50er Jahre und nach den Nationaldemokraten der 60er erleben wir mit dem Aufschwung der Reps und anderer kleiner rechter Splitterparteien seit circa 1987 den dritten Anlauf in der Geschichte der Bundesrepublik, im Parteienspektrum einen rechtsextremen Rand zu

etablieren, mit der Chance, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Dieser Anlauf im Parteienspektrum ist durch die Vereinigung unterbrochen, aber – wie es scheint – nicht abgebrochen worden. Im August 1992 antworteten 19 Prozent der Befragten im Westen und 12 Prozent der Befragten im Osten, daß sie eine Partei rechts von der CDU/CSU schon einmal gewählt haben oder dies bei nächster Gelegenheit tun könnten. Der idealtypische Wähler einer kleinen Rechtspartei ist männlich, heute eher jugendlich als alt, zeigt autoritäre Einstellungen, Unzufriedenheit mit der Leistung des politischen Systems und der Leistung der etablierten Parteien. Er drückt Pessimismus aus, er plädiert für den Schlußstrich hinsichtlich der Erinnerung an den Nationalsozialismus, er tendiert häufig zur Verharmlosung, manchmal zur Verklärung des Nationalsozialismus, neigt zur Xenophobie, zu nationalen Slogans und manchmal zum Rassismus. Dieser idealtypische Wähler ist meist wenig gebildet und vornehmlich aus den Unter- beziehungsweise aus den unteren Mittelschichten.

Drittens: In der öffentlichen Stimmung und öffentlichen Diskussion sind Rechtstrends spürbar – Herr Heitmeyer gab Zahlen zur Ausländerfeindschaft. Es gibt die Zeitungen, wie die rechtskonservativ-junkonservative Zeitung JUNGE FREIHEIT. Es ist an die Carl-Schmitt-Renaissance in manchen intellektuellen wissenschaftlichen Zirkeln zu erinnern, an den spektakulären Spiegel-Essay von Botho Strauß im Februar. Auch nehmen deutsch-nationale Zungenschläge in respektablen Blättern zu. Die Nationalgeschichte wird seit der Wiederherstellung des Nationalstaats wieder in wärmeren Farben gemalt. Aber all das ist vielfältig, schwer in Kürze zusammenzufassen und natürlich – ich betone das – in aller Regel weit entfernt von den rechtsradikalen Mobs, entfernt auch von den »Radikalrevisionisten« mit der These von der Auschwitz-Lüge wie dem Reisenden David Irving.

Viertens ist eine Erosion – ich will nicht sagen Paralyisierung – zu beklagen, eine Erosion im politischen System, die sich in der vielzitierten Politikverdrossenheit zeigt, in der abnehmenden Bindungskraft der etablierten Parteien, in wachsenden Nichtwähler-Anteilen und in grassierender Kritik am parlamentarischen Parteienstaat. Eine Kritik, vielfach bedingt nicht nur durch die Schwächen des Systems selbst, sondern auch durch sehr hohe Erwartungen gegenüber dem Staat und der politischen Klasse, früher hätte man gesagt: gegenüber der Obrigkeit. Die Vereinigungskrise verschärft diese Schwierigkeit, eine tiefe Rezession kommt hinzu. Das System der Bundesrepublik ist heute schwächer, weniger attraktiv als noch 1989. Im übrigen sind die Zusammenhänge zwischen diesen vier genannten

Phänomenen nicht sehr dicht, manchmal auch fehlend, sehr debattierbar, aber im Ganzen – wie ich glaube – nicht zu leugnen.

Parallelen zur späten Weimarer Republik scheinen sich aufzudrängen, werden auch bisweilen beschworen, warnend, mit Sorge, alarmiert. In der Tat, manches mag an die späte Weimarer Republik erinnern, an die damaligen gewaltsamen Straßenaktionen der SA, der anderen paramilitärischen Verbände, der Landvolk-Bewegung. Diese Aktionen wurden ebenfalls meist von vornehmlich jungen, wenig gebildeten männlichen Aktivisten getragen, hinsichtlich derer man defizitäre Familienformen nachweisen kann und vor allen Dingen Erfahrungen der Desorientierung, der Entwurzelung, der Desintegration – also Dinge, die vorhin Herr Heitmeyer, meines Erachtens zu Recht, für die gegenwärtige Situation so stark betont hat und die in Weimar einerseits aus einer Modernisierungsbeschleunigung, andererseits aus den Folgen des Weltkriegs resultierten. Erinnern wird man sich auch daran, wie sehr diese rechtsradikalen Bewegungen die Republik erschütterten und schließlich mit aus den Angeln hoben. In der Tat gibt es auch Kontinuitäten im rechtsextremen Gedankengut von der NSDAP, die ja 1928 auch nur 2,5 Prozent der Stimmen erhielt, bald aber mehr als ein Drittel der Sitze einnahm, bis hin zu den Rechtsgruppen heute. Zu diesen Kontinuitäten in den Gedanken gehört Nationalismus, und zwar exakt dieser ethnisch-völkisch eingefärbte, gegen den vorhin Frau Schmalz-Jacobsen sprach, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antiliberalismus, Antipluralismus, mehr oder weniger ausgeprägte Nähe zur Gewalt, Verachtung des Rechtsstaats, oft Haß, Entfremdung und Desorientierung. Nicht ganz zufällig spielen also Nazisymbole und -riten ihre skurrile Rolle in den Männerbünden rechtsgerichteter junger Glatzköpfe.

Es würde leichtfallen, rechtsextreme Intellektuelle zu nennen, die zu den Verächtern der Aufklärung und des Weimarer Systems zugleich gehörten und zu seinen intellektuellen Totengräbern zu rechnen sind. Zumindest bisweilen gehörten Schmitt, Jünger, Heidegger dazu, natürlich Moeller van den Bruck und andere Vertreter der Konservativen Revolution, wohl auch Teile des TAT-Kreises um Hans Zehrer – antidemokratisches Denken nannte Kurt Sontheimer dieses Syndrom. Und schließlich ist natürlich zu denken an die Erosion von Legitimität, von Bindungskraft und Leistungsfähigkeit des Weimarer Politiksystems, an seine Orientierungskrise auf dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Krise mit Massenarbeitslosigkeit, die ja auch heute nicht fehlt.

Also, die Erinnerung macht Angst. Kann Bonn, und demnächst Berlin, eventuell doch Weimar werden? Jede Voraussage ist da unsicher. Der

Möglichkeitsspielraum hat sich seit 1989/90 erheblich geöffnet, innenpolitisch wie außenpolitisch, nicht immer zum besseren. Sehr viel mehr ist denkbar, sagbar und machbar geworden als vorher. Man kann sich unangenehme Szenarien vorstellen, die schlimmsten Befürchtungen entsprechen.

Dennoch: Vergleicht man 1993 mit 1933, also das gegenwärtige Deutschland mit der späten Weimarer Republik, unter den Gesichtspunkten Rechtsextremismus und Nationalismus, wie das die mir gestellte Aufgabe verlangt, dann treten die angedeuteten Ähnlichkeiten hinter gravierenden Unterschieden ganz eindeutig zurück. *Erstens* kann man auf inhaltliche und formale Unterschiede des damaligen und des heutigen Rechtsextremismus verweisen. Ich schließe an das an, was Moshe Zimmermann sagte: Ausländerfeindlichkeit ist heute viel zentraler als vor 1933, was sicherlich mit der neuen Situation der massenhaften Migration in der Welt, vor allem in unserem Teil der Welt, zusammenhängt, ein Problem, das Weimar kaum kannte. Dagegen scheint Antisemitismus – Zimmermann hat es ausgeführt – heute eine geringere Rolle zu spielen. Daß das in irgendeiner Weise Entwarnung bedeuten könnte, ist zu bezweifeln.

Der außenpolitische Revisionismus war in den rechtsextremen Kreisen der Weimarer Republik sehr viel ausgeprägter als heute. Das hing zusammen mit der anderen außenpolitischen Konstellation. Schließlich war Versailles eine der großen Erfahrungen der Zeit. Der daraus resultierende Revisionismus und die Lage der sogenannten Volksdeutschen stellten nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie ein großes Problem dar und sind heute weitgehend Vergangenheit. Schließlich war – im Unterschied zu heute – der Franzosenhaß ungebrochen.

Mir scheint, daß damals rechtsextremistische Syndrome, Bewegungen stärker mit ökonomischen Krisen und auch ökonomischen Motiven verkoppelt waren als heute, der direkte Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise um 1930 ist gut erforscht. Heute scheint rechtsextremistische Protesthaltung stärker an immateriellen Kulturfragen orientiert zu sein. Die Steine des Anstoßes scheinen gewechselt zu haben, andere Gegenstände und Phobien sind in den Vordergrund getreten – ebenfalls keinerlei Grund zur Entwarnung.

Die Gewaltaustragung war zum Ende der Weimarer Republik, überhaupt in der Weimarer Republik, sehr viel stärker von Organisationen getragen, fand stärker in Organisationen statt als heute. Denken Sie an die Freikorps und die Einwohnerwehren am Anfang der Weimarer Republik, an die paramilitärischen Verbände und ihre Straßenschlachten gegen Ende;

neben der SA ist vor allem der deutsch-nationale »Stahlhelm« und der kommunistische »Rotfrontkämpferbund« zu nennen. Das hing damit zusammen, daß das staatliche Gewaltmonopol zur Zeit der Weimarer Republik geringer durchgesetzt war als heute.

Schließlich ist unter heutigen Rechtsextremen etwas zu beobachten, was natürlich vor 1933 nicht beobachtet werden konnte, nämlich ihre Tendenz zur Verharmlosung, manchmal Glorifizierung des Nationalsozialismus. Rechtsextremismus war nie unschuldig, aber er hat seine Unschuld in einem postfaschistischen Land in besonderem Maße verloren. Schlußstrichdenken ist deutlich etwas, was vor 1933 so keine Rolle spielen konnte. So weit zu einigen inhaltlichen und formalen Unterschieden.

Zweitens ist darauf zu verweisen, daß vielleicht einiges an der heutigen Situation sogar noch etwas schwieriger ist als Ende der Weimarer Republik. Zum Beispiel die Rolle der Medien. 1933 gab es noch kein massenwirksames Fernsehen, heute aber wirken die elektronischen Medien, ob sie wollen oder nicht, angesichts spektakulärer Gewalt als Verstärker, allerdings auch als Verstärker von Antidemonstrationen. Auch stimmt nachdenklich, daß gewisse soziale Milieus, die der rechtsextremen Versuchung bis 1933 einigermaßen standhielten, das sozialistisch-sozialdemokratische und das katholische Milieu, heute kraftloser sind und weniger Zusammenhalt haben. Weiterhin scheint es, daß Gewalt im heutigen Alltagsleben, vor allem in den Jugendkulturen, anders, diffuser, noch weniger gerichtet, aber nicht weniger stark ist als damals. Gewalt ist nicht so konzentriert in organisierten Straßenschlachten von paramilitärischen Verbänden, natürlich nicht, hier liegt ein Riesenunterschied. Aber wenn man liest, daß in den Berliner Schulen ein Drittel aller 14- bis 18jährigen in der einen oder anderen Weise bewaffnet kommen – bewaffnet auch einschließlich Spraydosen zum Schutz wie zum Angriff –, so dürfte das 1930 – vermute ich – keine Parallele gehabt haben, ebenso wenig wie die 70 bis 80 TV-Morde, die bei uns täglich beobachtet werden können. Die sozialen Kontrollen haben seit Weimar wohl weiter nachgelassen, in großen Randbereichen sind Desintegrationsprozesse weiter fortgeschritten.

Drittens aber, und vor allem, ist, wenn man nach den Unterschieden zwischen damals und heute fragt, auf Faktoren zu verweisen, die die Weimarer Situation ungleich gefährlicher, zusammenbruchsnäher machten als die vergleichsweise stabile Situation im heutigen Deutschland. Mit vier kurzen Punkten zu diesem Thema komme ich zum Schluß.

1. nenne ich das Ausmaß der Probleme. Gewalt erreichte 1931/32 bürgerkriegsartige Ausmaße – ich sprach schon von den paramilitärischen

Organisationen und vom erschütterten Gewaltmonopol des Staates. Man könnte viel von der rechtsextremen Unterwanderung der Polizei und dem Versagen rechtsgerichteter Richter hinzufügen – heute findet sich davon fast nichts. Rechtsextremes Gedankengut wird in jener ganz jungen, nicht älter als dreizehn Jahre werdenden Demokratie viel weiter verbreitet gewesen sein, auch außerhalb der NSDAP. Die damalige rechtsextreme Intellektuellen-Debatte übertraf alles Heutige an Intensität und Ausdehnung, und die damaligen rechtskonservativen Intellektuellen übertreffen an Zahl, Renommée und Gedankenreichtum bei weitem heutige Parallelen. »Der rechte Aufmarsch hat Hand und Fuß, aber wenig Köpfe«, schrieb kürzlich Claus Leggewie. 1930 hätte das niemand schreiben können. Anders als heute bestand damals eine enge Verbindung zwischen intellektueller Debatte und Rechtsextremismus. Dafür spricht auch, daß der heutige Rechtsextremismus bisher in den Universitäten und unter den Studenten – bis auf wenige Ausnahmen – nicht Platz gegriffen hat. Ganz anders natürlich vor 1933, wo sich Studenten früher als Professoren in diese Richtung wandten.

Dann ist 2. auf den ganz anderen Humusboden zu verweisen, in dem der Weimarer Rechtsextremismus blühte und gedieh, und der heute weitgehend fehlt. Ich nenne den Krieg und die Brutalisierung des Lebens durch den Krieg und die soziale Militarisierung, die damit Hand in Hand ging. Das lag ja 1933 noch keine 15 Jahre zurück, heute liegen in unserem Teil der Welt 50 Jahre des Friedens hinter uns, manchmal hat man den Eindruck, es besteht geradezu das umgekehrte Problem von damals: Manchen Jugendlichen scheint der Friede, das zivile bürgerliche Leben zu langweilig zu werden, besonders nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Bundesrepublik hat keine Tradition des Militarismus, die DDR nur wenig mehr. Nationalismus ist kein Massenphänomen mehr, auch 1989/90 hat es keinen Nationalrausch gegeben. Das liegt an vielen Gründen, primär an seiner tiefen Diskreditierung durch die Diktatur und den Krieg, das liegt auch – denke ich – an der vielfältigen Einbindung Deutschlands in Europa, vor allem ins westliche Europa, ein Prozeß, der die Geschichte der Bundesrepublik geprägt hat. Überhaupt ist an die nunmehr über 40jährige, sich allmählich verstärkende, gegen Widerstände durchgesetzte Zivilgesellschaftstradition zu denken, durch die sich das heutige Deutschland als Fortsetzung der Bundesrepublik von der Weimarer Zeit unterscheidet. Es liegen mehrere Jahrzehnte rechtsstaatlich-parlamentarisch-demokratischer Institutionen hinter uns. Die Bundesrepublik ist vorbehaltlos ein Teil der westlichen Kultur geworden, hat das, was man Deutschen Sonderweg

nennen kann, für den Westen Deutschlands beendet. Wie weit alte Probleme durch die Integration der beiden deutschen Staaten neu entstehen, will ich jetzt nicht diskutieren. Im ganzen ist zu betonen, daß der heutige Rechtsextremismus sich weniger wie ein Fisch im Wasser bewegen kann, als es der vor 1933 konnte. Heutige Rechtsextreme sind trotz allem isolierter, randständiger.

Schließlich – 3. – ein weiterer ganz entscheidender Unterschied. Der Rechtsextremismus, vor allem der Faschismus, gedieh in den späten 20er Jahren und Anfang der 30er Jahre vor dem Hintergrund einer massiven Herausforderung von links. Der Kapital-Arbeit-Gegensatz durchfurchte die Gesellschaft der Weimarer Republik – im Unterschied zu heute. Die Weimarer Gesellschaft war in viel höherem Maße eine traditionelle Klassengesellschaft als die heutige. Das prägte alles. Der SA entsprach auf der kommunistischen Linken der Rotfrontkämpferverband, die KPD stand 1932 der NSDAP zwar an Stimmen, aber nicht an Republikfeindschaft nach, und manche Linksintellektuelle unterschieden sich vom Rassismus oder vom völkischen Denken der Rechten zwar diametral, aber auch sie bekämpften die allzu bürgerliche Weimarer Republik und verspotteten die Sozialdemokraten, weil sie diese Republik trugen. Rechts und Links schaukelten sich gegenseitig hoch in einer tatsächlichen und geistigen Bürgerkriegssituation – das fehlt heute. Natürlich gibt es die Straßenkämpfe zwischen sogenannten Autonomen und sogenannten Skinheads, aber das ist nicht vergleichbar mit jener Situation, eine nennenswerte kommunistische Herausforderung fehlt im Innern seit langem, seit 1989/90 auch international. Das hat Auswirkungen auf die Chancen des Rechtsextremismus, Bündnispartner zu finden – im Bürgertum, bei den Eliten, im Establishment. Denn das muß ja klar sein: Die Nationalsozialisten haben nicht nur aufgrund rechtsextremer Gewalt von unten reüssiert, sondern zur Macht gekommen sind sie als Teil eines Bündnisses zwischen alten Eliten, dem alten Konservatismus in Militär, Bürokratie, Großindustrie und Großlandwirtschaft einerseits und der neuen rechtsradikalen, populistischen Bewegung Hitlers auf der anderen Seite. Und die Versuchung großer Teile des Establishments, Gewalt zu tolerieren und sich in dieses Bündnis einzulassen, war durch nichts stärker bedingt, als durch die mehr oder weniger berechtigte Furcht vor links. Von daher fehlen heute ganz entscheidende Bedingungen für die gesellschaftliche und politische Etablierung des Rechtsextremismus.

4. ein letzter Punkt zum Schluß: Deutschland ist ein postfaschistischer Staat, die Bundesrepublik und die DDR waren es beide in sehr unterschied-

licher Weise. Die Erinnerung an die deutsche Katastrophe ist über die Jahrzehnte eher präsenter geworden, Verdrängungen haben nachgelassen, der Historikerstreit von 86/87 war in dieser Hinsicht ein wichtiges Datum, und nach 1989 hat man auch in der DDR begonnen, die Verdrängungen, die in den dortigen Antifaschismus offizieller Art eingebaut waren, zu revidieren. Die Erinnerung an die »deutsche Katastrophe« wirkt weiter. Ich finde, Erinnerung dieser Art wirkt keineswegs als Einschränkung des aufrechten Ganges, vielmehr stabilisierend. Wenn man weiß, zu welchen Verhältnissen Diktaturen führen können und geführt haben, wenn man weiß, daß dies im eigenen Land passiert ist, so wächst daraus eine Motivation zum Engagement gegen Wiederholung welcher Art auch immer. Motivierend, engagierend, auch stabilisierend kann Erinnerung wirken, und ich denke, daß das auch bei den Lichterketten und ähnlichen Aktionen der letzten Monate, obwohl sie eben schwer wiederholbar sind, eine Rolle gespielt hat. Man muß sich gegen Schlußstrichdenken nicht nur aus moralischen, sondern auch aus Gründen des eigenen nationalen Interesses wenden. Aber all das sind keine Garantien. Die Unterschiede können einen nicht beruhigen, und die Voraussage ist ohnehin nicht das Geschäft des Historikers.

Auswahlbibliographie der Referenten

JÜRGEN KOCKA

- German History before Hitler: The Debate about the German »Sonderweg«, in: *Journal of Contemporary History* 23, 1988, S. 3–16; hebräische Fassung in: Moshe

- Zimmermann (Hrsg.): Deutschlands Sonderweg in der Geschichte, Jerusalem 1989, S. 19-34
- Deutsche Identität und historischer Vergleich. Nach dem »Historikerstreit«, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage »Das Parlament« vom 30.9.1988, S. 15-28
 - Revolution und Nation 1989. Zur historischen Einordnung der gegenwärtigen Ereignisse, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 19, 1990, S. 479-499
 - Die Geschichtswissenschaft in der Vereinigungskrise, in: Berliner Debatte. Initial, Zeitschrift für Sozialwissenschaftlichen Diskurs 1991, Ht. 2, S. 132-136
 - Europe - How Many Futures?, in: E. Somogyi (Hrsg.): Verbürgerlichung in Mitteleuropa. Festschrift für Peter Hanak zum 70. Geburtstag, Budapest 1991, S. 311-314
 - Droht eine neue Nationalgeschichte?, in: K. Jarausch (Hrsg.): Zwischen Parteilichkeit und Professionalität. Bilanz der Geschichtswissenschaft der DDR, Berlin 1991, S. 185-195
 - Ende des deutschen Sonderwegs?, in: W. Ruppert (Hrsg.): »Deutschland, bleiche Mutter« oder eine neue Lust an der nationalen Identität? Texte des Karl Hofer Symposiums 12.-17.11.1990, Berlin 1992, S. 9-31